P. b. b. Verlagspostamt 1030 Wien WoGZ 213U

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1999 Ausgegeben am 3. Dezember 1999 Teil III

226. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Paraguay über die Förderung und den Schutz von Investitionen
(NR: GP XVIII RV 1236 AB 1518 S. 155. BR: AB 4761 S. 581.)

226.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN
ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK PARAGUAY ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK PARAGUAY, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCHE GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vetragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1
Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investitionen“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpatente, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf die Republik Österreich

a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

in bezug auf die Republik Paraguay

a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Paraguay in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Paraguay besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

b) jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Paraguay geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Paraguay hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch eine Verstaatlichung oder jene sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Genehmigte Investitionen gemäß Artikel 1 Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition gilt als eine neue Investition.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;

b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;

c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

Artikel 4

Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Eine solche Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß in frei konvertierbarer Währung erfolgen und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteigung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
c) der Erträge;
d) der Rückzahlung von Darlehen;
e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von den jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

Artikel 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertagspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 7

Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag des Investors der anderen Vertragspartei entweder der Rechtssprechung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, oder dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet, welches durch die Konvention über die

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten [*]), die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, geschaffen wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß das innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden ist.

(3) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

Artikel 9

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Ein solches Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und diese beiden Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden. Diese Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß sie beabsichtigt, die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen diesbezüglichen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er anderweitig verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden.

Dieses Abkommen gilt nicht für Streitigkeiten gemäß Artikel 8 und 9 dieses Abkommens, die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens anhängig sind.

Artikel 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

---

[*]) Kundgemacht in BGBl. Nr. 357/1971

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Asuncion, am 13. August 1993, in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:
Dr. Gerhard Heible

Für die Republik Paraguay:
Dr. Alexis Frutos Vaesken

CONVENIO
ENTRE LA REPUBLICA DE AUSTRIA Y LA REPUBLICA DEL PARAGUAY PARA LA PROMOCION Y PROTECCION DE LAS INVERSIONES

LA REPUBLICA DE AUSTRIA Y LA REPUBLICA DEL PARAGUAY, en adelante citadas como las «Partes Contratantes»;

DESEANDO crear condiciones favorables para una mayor cooperción económica entre las Partes Contratantes;

RECONOCIENDO que la promoción y protección de inversiones pueden favorecer las iniciativas de realizar dichas inversiones y de esa forma hacer una contribución importante al desarrollo de las relaciones económicas;

HAN CONVENIDO CUANTO SIGUE:

Articulo 1
Definiciones

A los fines de este Convenio:

(1) la expresión «inversión» incluye todos los activos y en particular, pero no en forma exclusiva:
- a) la propiedad de los bienes muebles e inmuebles, así como los demás derechos reales tales como hipotecas, derechos de retención, prendas mobiliarias e inmobiliarias, usufructos y derechos similares;
- b) las acciones y otras formas de participaciones empresariales;
- c) los reclamos de dinero que fuera entregado con el fin de crear un valor económico o reclamos de cualquier prestación que tenga valor económico;
- d) los derechos de autor, los derechos a la propiedad industrial tales como patentes de invención, marcas de comercio, diseños industriales y modelos de utilidad, procesos técnicos, transferencias de conocimiento (know how), denominaciones comerciales y valor llave (goodwill); y
- e) las concesiones comerciales de derecho público para la búsqueda o explotación de recursos naturales;

(2) la expresión «inversionista» significa con respecto a la República de Austria:
- a) toda persona física que sea ciudadana de la República de Austria y que realice una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante;
- b) toda persona jurídica o sociedad constituída de acuerdo con la legislación de la República de Austria, que tenga su sede en el territorio de la República de Austria y que realice una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante;

con respecto a la República del Paraguay:
- a) toda persona física que sea ciudadana de la República del Paraguay de acuerdo con la legislación de la República del Paraguay y haga una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante;
- b) toda persona jurídica, constituída de acuerdo con la legislación de la República del Paraguay, que tenga su sede en el territorio de la República del Paraguay y que realice una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante;

(3) el término «renta» significa las sumas producidas por una inversión, y en especial, pero no exclusivamente, beneficios, intereses, ganancias de capital, dividendos, regalías, licencias y otros tipos de tasas;

(4) el término «expropiación» también incluye la nacionalización o cualquier medida que tenga un efecto equivalente.

Articulo 2

Promoción y Protección de las Inversiones

(1) Cada Parte Contratante promoverá, en lo posible, en su territorio, las inversiones de inversionistas de la otra Parte Contratante; admitirá dichas inversiones de conformidad con su legislación y en cualquier caso concederá a dichas inversiones un trato justo y equitativo.

(2) Las inversiones admitidas de conformidad con el Artículo 1, párrafo (1) y sus rentas gozarán de la plena protección del presente Convenio. Lo mismo será aplicable, sin perjuicio de los reglamentos del párrafo (1), a las reinversiones de dichas rentas y a sus rentas. La prórroga, legal, la modificación o transformación de una inversión se considerará como una nueva inversión.

Articulo 3

Trado a las Inversiones

(1) Cada Parte Contratante concederá a los inversionistas de la otra Parte Contratante y a sus inversiones un trato no menos favorable al que otorga a sus propios inversionistas y a sus inversiones o a los inversionistas de cualquier tercer Estado y a sus inversiones.

(2) Las disposiciones del párrafo (1) no deberán interpretarse como obligatorias para una Parte Contratante a conceder a los inversionistas de la otra Parte Contratante y a sus inversiones el beneficio, presente o futuro, de cualquier trato, preferencia o privilegio resultante de:

a) una unión aduanera, mercado común, área de libre comercio o participación en una comunidad económica;
b) de un convenio internacional, arreglo internacional o legislación nacional impositiva;
c) de cualquier reglamento que facilite el tráfico fronterizo.

Articulo 4

Compensaciones

(1) Las inversiones de inversionistas de una u otra Parte Contratante no podrán ser expropiadas en el territorio de la otra Parte Contratante, excepto por una finalidad pública conforme a las disposiciones legales correspondientes y mediando una compensación. Dicha compensación será equivalente al valor de la inversión en la época inmediatamente anterior al momento en que ante la efectividad, o inminencia de la medida, ésta se hizo de público conocimiento. La compensación se pagará sin indebida demora y devengará los intereses bancarios normales del país en que fue hecha la inversión hasta el momento del pago; será pagada en moneda de libre convertibilidad y será libremente transferible. Se adoptarán disposiciones para la determinación y pago de la compensación de una manera adecuada que no será posterior al momento de la expropiación.

(2) Cuando una Parte Contratante expropiase los bienes de una sociedad que sea considerada como una sociedad de la misma Parte Contratante en virtud del párrafo (2), del Artículo 1 de este Convenio, y en la cual un inversionista de la otra Parte Contratante posea acciones, se aplicarán las disposiciones del párrafo (1) de modo a asegurar la debida compensación para dicho inversionista.

(3) El inversionista tendrá derecho a que la legalidad de la expropiación sea examinada por las autoridades competentes de la Parte Contratante que haya motivado la expropiación.

(4) El inversionista tendrá derecho a que el importe y las medidas para el pago de la compensación sean examinados, ya sea por las autoridades competentes de la Parte Contratante que haya motivado la expropiación o por un tribunal arbitral internacional en virtud del Artículo 8 de este Convenio.

Articulo 5

Transferencias

(1) Cada una de las Partes Contratantes garantizará sin indebida demora a los inversionistas de la otra Parte Contratante la libre transferencia en moneda de libre convertibilidad de los pagos relacionados con una inversión, en particular pero no exclusivamente de:

a) el capital y sumas adicionales para el mantenimiento o prórroga de la inversión;
b) las sumas destinadas a cubrir gastos vinculados a la administración de la inversión;
c) los beneficios;
d) el reembolso de préstamos;
e) el producido de la liquidación total o parcial o la venta de la inversión;
f) una compensación realizada en base al Artículo 4, párrafo (1) del presente Convenio.

(2) Los pagos a que se refiere este Artículo serán efectuados a los tipos de combio vigentes en el día de la transferencia de los pagos en el territorio de la Parte Contratante desde la cual se hacen las transferencias.

(3) Los tipos de cambio serán determinados de acuerdo con las cotizaciones en los mercados de valores en el territorio de cada Parte Contratante, o en ausencia de esas cotizaciones en el sistema bancario respectivo en el territorio de cada una de las Partes Contratantes. Los gastos bancarios serán justos y equitativos.

Articulo 6
Subrogación

Cuando una Parte Contratante o una institución autorizada por la misma efectúe pagos a su inversionista en virtud de una garantía para una inversión, en el territorio de la Parte Contratante; esta última, sin perjuicio de los derechos del inversionista de la primera Parte Contratante en virtud Artículo 8 del presente Convenio y de los derechos de la primera Parte Contratante en virtud del Artículo 9 de presente Convenio, reconocerá la cesión a favor de la primera Parte Contratante de todos los derechos y acciones de este inversionista en virtud de una ley o conforme a una transacción legal. Esta última Parte Contratante también reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante a dichos derechos o acciones, los cuales esa Parte Contratante tendrá derecho a ejercer en igual medida que su antecesor en el derecho. En cuanto a la transferencia de pagos a la Parte Contratante afectada en virtud de dicha cesión, el Artículo 4 y el Artículo 5 del presente Convenio serán aplicables mutatis mutandis.

Articulo 7
Otras Obligaciones

(1) Si las disposiciones legales de alguna de las Partes Contratantes o las obligaciones internacionales existentes en el presente o establicidas con posterioridad entre las Partes Contratantes, además del presente Convenio, contuviesen una norma, ya sea general o específica, que otorgase derecho a las inversiones hechas por inversionistas de la otra Parte Contratante a un trato más favorable que el previsto por el presente Convenio, esa norma, en la medida que sea más favorable, prevalecerá sobre el presente Convenio.

(2) Cada Parte Contratante respeterá toda obligación contractual que haya contraído con un inversionista de la otra Parte Contratante en lo que respecta a inversiones aprobadas por la misma en su territorio.

Articulo 8
Solución de Disputas sobre Inversiones

(1) Toda disputa que surja de una inversión entre una Parte Contratante y un inversionista de la otra Parte Contratante será, en lo posible, resuelta amigablemente entre las partes en disputa.

(2) Si alguna disputa de conformidad al párrafo (1) no pudiese ser resuelta dentro del término de tres meses de la presentación de una notificación escrita, donde los reclamos estén suficientemente detallados, la disputa será sometida, a solicitud del inversionista de la otra Parte Contratante, a la jurisdicción de la Parte Contratante en cuyo territorio se efectuó la inversión o al Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones, creado por la Convención Relativa al Arreglo de Diferencias entre Estados y los Nacionales de otros Estados, abierto a la firma en Washington, el 18 de marzo de 1965. En caso de arbitraje, cada Parte Contratante, por medio del presente Convenio, presta su consentimiento irrevocable y anticipado, aún en un caso de ausencia de un compromiso arbitral individual entre la Parte Contratante y el inversionista, de someter este tipo de disputas a dicho Centro y de aceptar el fallo con carácter obligatorio. Este consentimiento entraña la renuncia a la exigencia de que sean agotados los recursos administrativos o jurídicos internos.

(3) El fallo será definitivo y obligatorio, y será ejecutado conforme al derecho nacional; cada Parte Contratante asegurará el reconocimiento y la ejecución del fallo arbitral de confirmidad con sus leyes y reglamentos aplicables.

(4) Una Parte Contratante que sea parte de alguna disputa no podrá, en etapa alguna del procedimiento de conciliación o arbitraje ni de la ejecución de un fallo, presentar la objeción que el inversionista que sea su contraparte en la disputa, haya recibido en virtud de una garantía una indemnización con respecto a la totalidad o a alguna parte de sus pérdidas.

Articulo 9
Solución de Disputas entre Partes Contratantes

(1) Las disputas entre las Partes Contratantes en lo que respectra a la interpretación o aplicación de este Convenio serán, en lo posible, resueltas por medio de negociaciones amigables.

(2) Si alguna disputa, conforme al párrafo (1), no pudiese resolverse dentro de un plazo de seis meses, será sometida a solicitud de cualquiera de las Partes Contratantes a un tribunal arbitral.

(3) Dicho tribunal arbitral ad hoc se constituirá en la forma siquiente: cada Parte Contratante designará un miembro, esos dos miembros designarán a su vez a un nacional de un tercer Estado como su presidente. Dichos miembros serán designados en el plazo de dos meses a partir de la fecha en que la Parte Contratante haya informado a la otra Parte Contratante que tiene la intención de someter la disputa a un tribunal arbitral, cuyo presidente deberá ser designado dentro de los dos meses siguientes.

(4) Si los períodos especificados en el párrafo (3) no fuesen respetados, cualquiera de las Partes Contratantes podrá, en ausencia de cualquier otra resolución idónea, invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a hacer las designaciones necesarias. Si el Presidente de la Corte Internacional de Justicia fuese un nacional de cualquiera de las Partes Contratantes, o si se viese por otro motivo impedido a desempeñar esa función, el Vice Presidente, o en caso de incapacidad de éste, el miembro de la Corte Internacional de Justicia que le sigue en antiguedad será invitado en las mismas condiciones a hacer las designaciones necesarias.

(5) El tribunal establecerá sus propias reglas de procedimiento.

(6) El tribunal arbitral tomará su decisión en virtud del presente Convenio y de las normas de Derecho Internacional reconocidas generalmente. Adoptará su decisión por mayoría de votos; la decisión será definitiva y obligatoria.

(7) Cada Parte Contratante deberá hacerse cargo de los gastos del miembro de dicho Tribunal que hubiere designado, y los de su representación legal en el procedimiento arbitral. Los gastos del presidente y demás gastos deberán ser costeados en partes iguales por ambas Partes Contratantes. El tribunal podrá, sin embargo, en su fallo determinar otra distribución de gastos.

Articulo 10

Aplicación del Convenio

Este Convenio se aplicará a las inversiones hechas en el territorio de una de las Partes Contratantes de conformidad con su legislación por inversionistas de la otra Parte Contratante con anterioridad o con posterioridad a la entrada en vigor de este Convenio.

Este Convenio no será aplicable a disputas amparadas por el Artículo 8 y por el Artículo 9 del presente Convenio que estén pendientes antes de su entrada en vigor.

Articulo 11

Entrada en Vigor y Duración

(1) Este Convenio está sujeto a ratificación y entrará en vigor el primer día del tercer mes que sigue al mes durante el cual se intercambiaron los instrumentos de ratificación.

(2) Este Convenio seguirá en vigencia durante un plazo de diez años; posteriormente se prorrogará por un plazo indefinido y podrá ser denunciado por escrito por los canales diplomáticos por cualquiera de las Partes Contratantes con una notificación anticipada de doce meses.

(3) Respecto a las inversiones hechas antes de la fecha de terminación del presente Convenio, las disposiciones de los Artículos 1 al 10 del mismo seguirán vigentes durante otro período de diez años a partir de la fecha de terminación de éste Convenio.

HECHO en Asunción, el trece de agosto de mil novecientos noventa y tres, en duplicado, en idioma alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República de Austria:

Dr. Gerhard Heible

Por la República del Paraguay:

Dr. Alexis Frutos Vaesken

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 21. Oktober 1999 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 11 Abs. 1 mit 1. Jänner 2000 in Kraft.

Klima

Druck der Print Media Austria AG (vormals Österreichische Staatsdruckerei AG)